76. Jahrgang. Nr. 424 Donnerstag, 8. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3,30 Mk. einschließlich 66 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Aufschlag d. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Präsidium Freitag bei Hindenburg

Große politische Aussprache am Dienstag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Sept. Der Reichspräsident von Hindenburg trifft am Donnerstag früh, von Neudeck kommend, wieder in Berlin ein. Für den Freitag mittag um 11,30 Uhr ist der Empfang des Reichstagspräsidiums vorgesehen worden. Nachdem der Reichstag nunmehr bestimmt am Montagnachmittag zusammentreten wird, erörtert man in den politischen Kreisen nach wie vor auf das lebhafteste die Folgerungen, die sich aus den bereits vorliegenden Anträgen auf Aufhebung der vom Kabinett Papen erlassenen Notverordnungen ergeben müssen. Wir haben bereits berichtet, daß die Auffassung immer mehr an Boden gewinnt, daß es nunmehr doch zur Auflösung des Reichstages kommen werde. Es ist als ganz sicher anzusehen, daß die Regierung in jedem Falle ein Mißtrauensvotum oder die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen zum Anlaß der Auflösung nehmen wird. Nach den bisherigen Dispositionen soll im Anschluß an die Erklärungen, die der Reichskanzler am Montag abgeben wird, Vertagung bis Dienstag eintreten, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, zu den Mitteilungen der Regierung Stellung zu nehmen.

Die große politische Aussprache soll dann am Dienstag beginnen, und Ende der Woche sollen die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge vorgenommen werden.

Ob es zu diesen Abstimmungen noch kommen wird, hängt von den Entschließungen der Reichsregierung ab, die offenbar gewillt ist, bei der starken Mehrheit, die die gegen sie gerichteten Anträge finden würden, bereits zuvor die entsprechende Konsequenz zu ziehen und den Reichstag aufzulösen. Daß es nochmals zu einer Vertagung des Reichstags kommen könnte, hält man in den parlamentarischen Kreisen allgemein für ausgeschlossen.

Wie weit die Gerüchte zutreffend sind, daß der Reichspräsident von Hindenburg sich beim Empfang des Reichstagspräsidiums bemühen will, eine erneute und längere Vertagung des Parlaments zu erreichen, um die Reichstagsauflösung vermeiden zu können, steht dahin.

Viel Wahrscheinlichkeit haben daher angesichts des gegenwärtigen Standes der Dinge diese Gerüchte nicht für sich. Ebenso ist es als sehr unwahrscheinlich anzusehen, daß die Mehrheit des Präsidiums, der nationalsozialistische Präsident Göring und die Vizepräsidenten Esser und Rauch vom Zentrum und von der Bayrischen Volkspartei dem Reichspräsidenten anläßlich des Empfanges positive Mitteilungen über die Bildung einer neuen Mehrheit im Reichstag machen könnten, ganz abgesehen davon, daß sich der deutschnationale Vizepräsident Graef, wie die deutschnationale Pressestelle bereits vor einiger Zeit ankündigte, in einem solchen Falle von den übrigen Präsidiumsmitgliedern distanzieren würde.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß der Reichstag in der kommenden Woche aufgelöst wird, erörtert man in politischen Kreisen auch die Frage, ob die Reichsregierung

die erforderlich werdenden Neuwahlen

auf Grund des bestehenden Wahlgesetzes vornehmen lassen werde oder ob sie die Neuwahlen zum Anlaß nimmt, eine Wahlreform zur Durchführung zu bringen. Jedoch liegen irgendwelche authentische Mitteilungen amtlicher Stellen zu diesen Erörterungen noch nicht vor.

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch eine durch zwei Fachausschüsse erweiterte Sitzung ab. Er beschäftigte sich mit der innerpolitischen Lage und dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages. Auch wurden die mit dem deutschen Schritt in der Gleichberechtigungsfrage in Zusammenhang stehenden Wehr- und außenpolitischen Fragen besprochen. Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung im Reichstag wurden zunächst die Abgeordneten Löbe und Tarnow bestimmt.

Krisenwende

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist darauf aufgebaut, daß die Krise in Deutschland, aber auch in der Welt, ihren Tiefpunkt erreicht hat. Es verwertet die nur allzu richtige Erkenntnis, daß selbst die beste Regierungsmaßnahme die Wirtschaft nicht ankurbeln kann, wenn in der Wirtschaft selbst nicht die Merkmale für eine Gesundung aus eigener Kraft gegeben sind. Dann allerdings können Regierungsmaßnahmen eine wertvolle Hilfe sein, zumal wenn sie sich davon freihalten, der Wirtschaft erneut Blut zu entziehen, wenn sie also darauf verzichten, lediglich zusätzliche Arbeit zu schaffen, die in fast allen Fällen doch nur dadurch gewonnen werden konnte, daß man Mittel, die die Privatwirtschaft benötigt, für staatliche Wirtschaftsziele verwendet. Es ist erfreulich, daß die Reichsregierung mit Erfolg bemüht war, sich von diesem Fehler in ihrem Wirtschaftsprogramm freizuhalten. Trotzdem hängt natürlich das Gelingen davon ab, ob die Voraussetzungen richtig sind. Kann das Programm nicht als eine Unterstützung der natürlichen Auftriebskräfte der Wirtschaft wirken, weil die Krise ihren Tiefpunkt nicht erreicht hat, so würde es lediglich den Erfolg einer Kampferspritze haben. Nach vorübergehender Besserung müßte der Rückschlag nur noch um so schwerer sein.

Es kommt also für den Erfolg alles auf die Frage an, ob wir bereits am Beginn eines neuen Aufschwunges des Wirtschaftslebens stehen. Erfreulicherweise haben sich in der letzten Zeit die Zeichen dafür in überraschendem Maße gemehrt, daß selbst eine so vorsichtige Beurteilerin wie das Institut für Konjunkturforschung in ihrem Vierteljahresbericht betonen kann, daß die Krise nun ihren Tiefpunkt überwunden habe und in einen neuen Aufstieg nunmehr ausmünde. Die Hauptursachen dafür, daß sich die Krise in den letzten Jahren fortlaufend verschärft hat, waren einmal die wachsende Lähmung des Vertrauens, die alle Unternehmer zurückhielt und die durch das Einfrieren von Krediten, durch Bankzusammenbrüche und den Bankrott weltbekannter Riesenunternehmungen neue Nahrung erfuhr. Dazu kam das ständige Absinken der Preise, das die Schuldenlasten, die auf der freien Wirtschaft lasteten, immer drückender gestaltete, während gleichzeitig die Gewinnaussichten und damit die Unternehmungslust vielfach unter den Nullpunkt sanken. So erreichte das Wirtschaftsleben einen kaum mehr zu unterbietenden Tiefstand. Damit aber mußte die Grenze der Krise automatisch erreicht werden. Die Kurse an den Börsen und die Preise auf den Warenmärkten waren schließlich so weit gesunken, daß wesentliche Preissenkungen über Kursstürze nicht mehr zu erwarten sind. Wenn jedoch das Fallen der Warenpreise ein Ende erreicht hat, dann muß die Zurückhaltung der Käufer, die trotz des allgemeinen Warenhungers bis zuletzt spürbar war, sinnlos werden und einer größeren Kauflust in der ganzen Kette von Rohstoffkäufern über die Weiterverarbeiter und den Handel bis zu den letzten Verbrauchern Platz machen. Dazu kommt die große Summe der Kapitalien, die durch die mangelnde Unternehmungslust in der Krise freigeworden sind und wieder Anlage suchend die internationalen Geld- und Kapitalmärkte befruchten.

Das waren im wesentlichen die Voraussetzungen dafür, um jene hoffnungsvolle Stimmung vorzubereiten, von der jetzt nicht nur die naturnotwendig zum Optimismus verpflichteten Kreise der Inhaber der Regierungsmacht, sondern auch weiteste Kreise der Wirtschaft ergriffen sind. Man beginnt einzusehen, daß ohne eine gewisse Hoffnungsfreudigkeit und ohne ein gewisses Maß von Vertrauen in die nächste Zukunft kein Aufschwung erfolgen kann. Deshalb ist man heute vielmehr geneigt, jeden Fingerzeig aus der Krise hoffnungsfreudiger als früher aufzunehmen. Daraus erklärt sich auch der Glaube an das Programm der Regierung. Jeder ist zu sehr daran interessiert, daß der Ankurbelungsversuch nicht mißlingt, und daß Deutschland nicht den Anschluß an eine sich wieder belebende Weltwirtschaft verliert. So schafft die Not gewissermaßen eine Einheitsfront des Vertrauens in den Wiederaufstieg.

Drei Punkte waren es, von denen die Weltwirtschaftskrise ihre Ausgang nahm: die Tribute, der Zusammenbruch der übersteigerten Börsenkurse und der Zusammenbruch der Rohstoffpreise. Die Tribute sind tot. Daran ändern auch die nicht völlig befriedigenden Abmachungen in Lausanne nicht das geringste. Aber auch die beiden anderen Ausgangspunkte der Krise zeigen eine überraschende Wendung zum Besseren. Sie haben das Signal zur Krise gegeben und sie verkünden jetzt auch die ersten Anzeichen der Besserung. Seit Wochen zeigen nicht nur die ausländischen Börsen, vor allem die Neuyorker, eine beachtliche Aufwärtsentwicklung der Kurse, sondern auch die deutschen. Die Kurssteigerungen zeigen eine stetig aufwärtssteigende Tendenz, ja, sie haben vor einigen Tagen den eindeutigen Charakter einer lebhaften Vertrauenshausse angenommen. Daran können auch vorübergehende „Gewinnsicherungsangebote" und dadurch bedingte Kurseinbußen nichts ändern. Es ist nicht die Spekulation, die hier am Werke ist, sondern das Publikum, das wieder so viel Vertrauen gewonnen hat, um seine brachliegenden Gelder in wirtschaftlichen Werten an-

Die Luftschutzübungen in Kiel

Teilnahme der Bevölkerung

Berlin, 7. Sept. Den Höhepunkt der zur Zeit in Kiel und Umgebung stattfindenden Luftschutzübungen bildete ein großer Alarm, der dem Ernstfall so nahe wie möglich angepaßt war. Auch ein Teil der Bevölkerung beteiligte sich praktisch an diesen Manövern. So wurde in einem Oberlyzeum, das etwa 1000 Schülerinnen zählt, Gasalarm gegeben. Die Kinder wurden mit Mullbinden vor Mund und Nase schnell und sicher ins Freie geführt, während schon Feuerwehr und Sanitätskolonnen ihre Arbeit versahen. Sprungtuchübungen und Entgasungsübungen durch die Straßenreinigung waren damit verbunden. Weiter gab der Flugwarnkommandant an über zwanzig Bahnhöfe, Industriewerke usw. Flugwarnungen und ließ die Bevölkerung durch Sirenen benachrichtigen. Eine

Flucht von 329 Angestellten in bombensichere Unterstände

konnte man z. B. in einem großen Warenhaus beobachten. Im Gebäude des Kellers des Hauptpostamtes war die Zentrale der Flugwarnung untergebracht. Auf dem Turm stand ein Bewachungsposten, während tief im Keller die Meldungen von über hundert Warnstellen zusammenliefen. In der Marineschule hatte man bombensichere Unterstände hergestellt und ein sinnreiches System zur Entgasung und Rettung Gaskranker untergebracht. Eine besondere Uebung zeigte das Verhalten beim Angriff mit Brandbomben. Während Marinemannschaften im Stahlhelm löschten, gingen Gasbomben nieder, die giftige Gase verbreiteten. Sanitätstruppen mit Gummianzügen brachten die Truppen in Sicherheit, und Reservemannschaften nahmen die Löscharbeiten auf. Eine Nachtübung an Bord des Linienschiffes „Schlesien" zeigte die Feststellung und

Ablenchtung angreifender Flieger durch Scheinwerfer,

während Flakbatterien die Flugzeuge sofort unter Feuer nahmen. Den Abschluß der Uebungen, der noch einmal Feuerwehr und Sanitätspersonal sowie Polizei im Stahlhelm zu gemeinsamer Arbeit bei voller Verdunkelung zusammenführte, zeigte, wie sich im Ernstfall in der Nacht ein Fliegerangriff abspielen würde.

Schutz der Veredelungswirtschaft durch Kontingente

Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Oberfohren, hat an den Reichsernährungsminister Freiherrn v. Braun ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Aus dem Antwortschreiben des Herrn Reichskanzlers v. Papen an Herrn Dr. Hugenberg und der amtlichen Erläuterung zu der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft ist erfreulicherweise zu erkennen, daß die Reichsregierung die Anwendung von Kontingenten zur Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse grundsätzlich beschlossen hat. Es darf als selbstverständlich angenommen werden, daß sich

die in Aussicht genommene Veränderung der Handelspolitik,

insbesondere auch zugunsten der deutschen Viehwirtschaft, vor allem der Weidewirtschaft Norddeutschlands, auswirken soll. Wenn aber in diesen Gebieten noch ein Erfolg erreicht werden soll, darf bezüglich der Inkraftsetzung der in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht die geringste Verzögerung mehr Platz greifen. Jede Verzögerung muß sich, da die Schlachtbestände bis Ende Oktober geräumt werden müssen, zu einer Mindereinnahme von katastrophalem Umfang auswirken. Ich würde es als außerordentlich begrüßen, wenn die in Betracht kommenden Kreise dahingehend beruhigt werden könnten, daß alle Vorsorge getroffen ist, um die etwa noch notwendig werdenden Verhandlungen mit größter Beschleunigung durchzuführen. — Auf dieses Schreiben ist umgehend folgende

Antwort des Reichsernährungsministers an Dr. Oberfohren

eingegangen: „Auf Ihr Schreiben vom 6. d. M. beehre ich mich zu erwidern, daß die Kontingentverhandlungen mit den hauptbeteiligten auswärtigen Staaten selbstverständlich unverzüglich aufgenommen werden und daß ich größten Wert auf die Beschleunigung der Inkraftsetzung lege."

Zu diesem Briefwechsel bemerkt die deutschnationale Pressestelle: Das Antwortschreiben des Reichsernährungsministers zeigt den ernsthaften Willen der Regierung, die langjährigen Versäumnisse früherer Regierungen in bezug auf eine Sanierung vor allem der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft beschleunigt nachzuholen. Die gesamte deutsche Landwirtschaft wird der Regierung Dank wissen, wenn sie entschlossen ist, alle Hindernisse, die diesem Ziele entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen, auch die Hindernisse, die zum Teil noch in der von alten Regierungen übernommenen Bürokratie stecken.

Glückwünsche an Michaelis

Berlin, 7. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem früheren Reichskanzler Michaelis zur Vollendung seines 75. Lebensjahres telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen. — Auch Reichskanzler v. Papen übermittelte Michaelis telegraphisch seine aufrichtigen Glückwünsche.

SLUB
Wir führen Wissen.